



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XI/211 - 13. September 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 0 886 890

Hinweise auf den Inhalt:

Suez-Krise auf dem Höhepunkt	S. 1
Erhöhte Ausbildungsmöglichkeiten in Schweden	S. 3
Unvergessene Gestalt des Widerstandes	S. 4
Um den Abbau überflüssiger Bürokratie Von H.G. Ritzel, M.d.B.	S. 5
Zu einer Entschädigungsverfügung Pankows	S. 7

Vorschlag ohne Aussicht

FR. Aus der viel und oft auch zu Unrecht zitierten Einigkeit zwischen den grossen britischen Parteien "in aussenpolitischen Lebensfragen der Nation", die man gerade auch in Deutschland nicht müde wird, zur Nachahmung zu empfehlen, ist plötzlich ein Konflikt von bausserster Schärfe geworden. Konservative Regierungsmehrheit und Labour-Opposition sind in Unterhaus bei der Suez-Debatte so hart wie kaum jemals zuvor aufeinander gestossen, es fiel das Wort von der drohenden Spaltung der Nation.

Gegenstand war der von Paris und Washington gebilligte Vorschlag der britischen Regierung, nach dem Scheitern der Kairoer Bemühungen des sogenannten Fünfer-Ausschusses um eine Zustimmung Nassers zum Dulles-Plan (Einsetzung einer internationalen Kontrollbehörde) eine Vereinigung der Kanalbenutzer einzusetzen:

sie soll künftig die Kanalgebühren kassieren (und Ägypten angemessen entschädigt werden);

sie soll die Rechte ausüben, die sich aus dem Vertrag von 1888 ergeben;

sie soll die Lotsen beschäftigen, und die Verantwortung für die Durchführung des Verkehrs übernehmen;

sie wird die ägyptischen Behörden zur Mitarbeit auffordern.

Dies sind nur die rohen Umriss des beabsichtigten Status dieser Vereinigung. Die "Times" schrieb in einem ersten Kommentar, Einzelheiten würden noch ausgearbeitet, und es würden "noch viele Fragen zu beantworten sein, bevor die Art und der wahre Zweck der neuen Organisation erkannt werden können."

Wer die dramatische Entwicklung der Suez-Krise in den rund acht Wochen ihres Bestehens genauer verfolgt hat, wird auf den ersten Blick sagen müssen, dass der neue Vorschlag keine Aussicht hat, angenommen zu werden. Crossman, einer der Sprecher der Labour-Opposition, hat das so unschrieben: Der Außenminister wisse so gut wie er selbst, dass dieser Gedanke nicht ernstzunehmen sei. - Auch zahlreiche erste Reaktionen aus dem Kreis der Freunde Grossbritanniens und Frankreichs stellen das dem Sinne nach fest. Die ägyptische Regierung selbst hat noch nicht hoch offiziell, aber doch durch einen amtlichen Sprecher scharf ablehnend geantwortet: Ägypten sollte provoziert und damit ein Krieg entfesselt werden. Der Sprecher unterstrich bei dieser Gelegenheit noch einmal die Bereitschaft seines Landes, die freie Kanaldurchfahrt nach den Bestimmungen des Vertrages von 1888 zu garantieren. Ägypten sei aber nicht bereit, auf seine Souveränität zu verzichten.

Gerade an die Zuverlässigkeit solcher Garantien, wenn sie vom Obersten Wasser ausgesprochen werden, glaubt man aber eben in London oder Paris nicht mehr, nach der Erfahrung mit der Nationalisierung der alten Suez-Kanalgesellschaft durch den ägyptischen Staatspräsidenten.

Diese alte Kanalgesellschaft mit Sitz in Paris hat inzwischen ihre nichtägyptischen Angestellten, darunter fast alle Lotsen, aufgefordert, die Arbeit am Freitag, dem 14. September, einzustellen. In Kairo versicherte man, einer Abreise dieser Angestellten werde man nichts in den Weg legen, die Schifffahrt durch den Kanal werde dadurch nicht ernsthaft gefährdet. Angeblich soll eine grössere Anzahl russischer Lotsen auf Abruf bereitstehen, eine entstehende Lücke zu füllen.

Ist dies alles schon sehr unerfreulich, so liegt die äusserste Zuspitzung in der Drohung Edens: Gewalt sei nur der letzte Ausweg, aber die Regierung erbitte vom Parlament die Zustimmung zu jedem Schritt, den die Lage fordert. Ein Ersuchen um eine Art Generalvollmacht also, welches durch die Stellung der Vertrauensfrage bekräftigt worden

ist. Das ist, durch die direkte Bezugnahme auf den Begriff der Gewalt, gar nicht misszuverstehen. Gerade gegen dieses Verfahren hat die Opposition Sturm gelaufen und unter allen Umständen eine friedliche Lösung, am besten durch Einschaltung der UNO, verlangt, die von den beteiligten Westregierungen wohl über ihren letzten Schritt formell unterrichtet, aber nicht um Vermittlung gebeten worden ist.

Was geschieht, wenn Ägypten sich gegen diese Etablierung einer neuen Gesellschaft, die diesmal eine Kanalbenutzervereinigung sein bzw. werden soll, in dem Augenblick zur Wehr setzt, in dem diese Gesellschaft die ihr zugedachten Funktionen übernehmen soll, was ja nur auf ägyptischen Boden gesche^{her} könnte? Wird dann wirklich, wie angekündigt, der entscheidende Schritt zur Gewaltanwendung unternommen? Hoch kann man sich das sehr schwer vorstellen. Crossman sagte in Unterhaus, Krieg könne man nicht führen, weil die USA es nicht zuliesse. Oder glaube man, dass die Amerikaner bereit wären, vor der Präsidentswahl ein Schlachtschiff nach Suez zu schicken, um die Kanaldurchfahrt zu erzwingen?

Das aber ist ein Zusammenhang, den auch Eden gesehen haben muss. Wenn er trotzdem so gehandelt hat, wie er es tat, und das mit Unterstützung der französischen und sogar der amerikanischen Regierung, dann kann er eigentlich nur die Erwartung gehabt haben, schon diese entschlossene Geste werde genügen, den eigenen Standpunkt durchzusetzen. Das ist eine ausserordentlich gefährliche Spekulation.

In der Verurteilung des Vorgehens Nassefs am Beginn des Konfliktes sind sich in der westlichen Welt, und auch in Grossbritannien die beiden grossen Parteien, weiteste Kreise einig, so verschieden die Auffassungen sind, wie man am besten darauf antworten sollte. Wahrscheinlich ist Edens Haltung auch durch die Erinnerung an die Folgen einer Nachgiebigkeit gegenüber einem grösseren Diktator, die vor rund zwanzig Jahren begann, mitbestimmt worden. Aber die Verhältnisse liegen diesmal in verschiedenerlei Hinsicht anders als damals. Ein Verzicht auf Gewaltanwendung schliesst heute die Möglichkeit zu einer für alle Beteiligten tragbaren Lösung keineswegs aus. Im Gegenteil - er ist die Voraussetzung dafür.

Oberschule für Erwachsene

R.H. Stockholm

In der schwedischen Stadt Norrköping startet soeben eine neue Schulreform: eine Oberschule für Erwachsene, deren Einführung übrigens der schwedische Reichstag schon 1950 beschlossen hat. Die Schüler wohnen nicht in Norrköping, sondern im ganzen Lande verstreut. Sie werden den Hauptteil ihrer Studien mit Hilfe von Briefkursen daheim betreiben können, d.h. sie werden ihre Erwerbstätigkeit - wenn sie wollen - fortsetzen können, aber sie werden in regelmässigen Abständen zu 6-7-wöchigen Kursen im Gymnasium in Norrköping zusammengezogen, um den Lehrstoff zu wiederholen, auszufeilen und Unterlagen für die weiteren Briefkurse zu schaffen.

Voll ausgebaut wird diese erste Oberschule für Erwachsene ständig etwa 600 Schüler zählen, welche zweierlei Ausbildungswege wählen können: den humanistisch-sprachlichen und den mathematisch-technischen. Das ganze Jahr hindurch werden die Kurse in Norrköping einander abwechseln. Binnen vier Jahren sollen die Schüler das Abitur erreichen können. Der Unterricht ist unentgeltlich. Der Andrang zu der neuen Schulform ist so gross, dass nur ein Bruchteil der Bewerber angenommen werden kann. Bei der Auswahl entscheiden neben der Vorbildung (in der Regel mittlere Reifeprüfung bzw. Berufsausbildung) auch die Studien-Ursache und soziale Gesichtspunkte.

In einer Zeit, da die raschen und weitreichenden Umgestaltungen im Wirtschaftsleben - das Absterben alter und das Aufkommen neuer Wirtschaftszweige, die Freistellung von Arbeitskräften durch Produktions-, Rechen- und Buchungsautomaten, die Motorisierung u.a. - immer häufiger erwerbstätige Menschen zu einer Umschulung bzw. zu einer Verbesserung der Ausbildung zwingen, wird diese neue Schulreform sehr bald grosse Bedeutung erlangen. In Schweden war schon bisher die Weiterbildung der Erwachsenen durch Abend- und Briefkurse sowie durch Volkshochschulen viel weiter gediehen als in Deutschland. Alljährlich abiturieren hunderte Menschen, die neben der Erwerbstätigkeit studiert haben. Die Oberschule für Erwachsene soll nun diese Ausbildungsmöglichkeiten verbessern.

In Memoriam Theo Haubach

K.G. Am 15. September 1956 wäre Dr. Theodor Haubach sechzig Jahre alt geworden. Theodor Haubach, der zusammen mit Hellmuth Graf von Moltke, Franz Sperr, Nikolaus Gross, Dr. Reinhold Frank, Dr. Ludwig Schwamb, Dr. Hermann Kaiser, Bruno Thoma, Dr. Erwin Planck und Dr. Eugen Bolz am 23. Januar 1945 im Hinrichtungsschuppen des Gefängnisses Plötzensee von den Schergen des NS-Regimes erhängt wurde.

Unlängst konnte der Hamburger Schriftsteller Walter Hammer sein Theodor Haubach-Gedenkbuch zum zweiten Male auflegen, das die aussergewöhnliche Persönlichkeit dieses prächtvollen Menschen und konsequenten sozialistischen Politikers gebührend würdigt. Kasimir Edschmid, Prof. Karl Jaspers, Prof. Alfred Weber, Dr. Gernhart Pohl, Walther G. Oschilewski, Dr. Eugen Gerstenmaier zeichnen in diesem Werk neben anderen Autoren von mannigfachen Ansatzpunkten aus ein menschliches Schicksal auf, das schon früh das Stigma tragischer Grösse trug.

Theodor Haubach war schon vor seinem jähen gewaltsamen Ende ein Frühvollendeter und zu einer grossen politischen Hoffnung für die Kräfte des Neuaufbaus herangereift. Man denkt heute etwas wehmütig an diese Generation von Männern und Frauen, die in finsterner Zeit die Kraft und den Optimismus aufbrachten, Kultur- und Bildungsprobleme zu läutern und zu klären, die vergleichsweise zum Einsatz des Lebens uns Heutigen klein und unwesentlich erscheinen werden.

Aber das zeigt nur, dass wir geistig und seelisch ärmer, ja, dass wir zu träge geworden sind, die immense geistige Leistung des deutschen Widerstandes in unser neues Staatsbewusstsein zu integrieren, geschweige denn, in unserem Staat das politische Vermächtnis der ersten Märtyrer dieses Staates zu erfüllen. Am Lebensbild von Theo Haubach und seines kongenialen Freundes Carlo Mierendorff wird deutlich, und das zeigt auch Walter Hammers Buch, wieviel geistige Substanz, intellektuelle Anziehungskraft und individuelle Verzichtsbereitschaft unser politisches Leben eingebüsst hat.

*

*

*

- 5 -

Schaumschlägerei oder ernste Arbeit?

Von H.G. Ritzel, M.d.B.

Seit Monaten lässt sich innerhalb der Regierungsparteien keine Verständigung darüber erzielen, wer der Vorsitzende des aus drei Bundestagsausschüssen beschickten Unterausschusses zur Vereinfachung der Verwaltung sein soll. Endlich steht die konstituierende Sitzung des Ausschusses bevor. Nun veranstaltete der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Bergemeyer eine Pressekonferenz, in der er Mitteilungen machte, die nicht nur die deutsche Öffentlichkeit, sondern auch das Parlament aufhorchen liessen. Es ist zwar eine bekannte Tatsache, dass Dr. Bergemeyer in öffentlicher Sitzung des Deutschen Bundestages von seinen Fraktionskollegen Dr. Vogel in der schärfsten Weise zurechtgewiesen wurde und in Bezug auf sein Wissen und seine Botsprechungen um die Fragen der Vereinfachung der Verwaltung nicht sehr ernst genommen wird, aber es besteht kein Zweifel darüber, dass er ein Mann guten Willens ist, dem allerdings von seiner eigenen Fraktion der Weg nicht gerade erleichtert wird, den er gehen möchte.

Der geschichtliche Ablauf der Parlamentsentscheidungen zu Fragen der Verbilligung der Verwaltung beweist dies bis in die letzte Zeit. Es war die sozialdemokratische Bundestagsfraktion, die seit Jahren einen Abbau überflüssiger Ministerien, die Zusammenfassung von Aufgaben mehrerer Ministerien oder Bundesbehörden in einer einzigen Dienststelle, sowie die Vereinigung und Zusammenlegung vorhandener Bundesoberbehörden verlangte. Noch während der Etatberatung 1956 hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion in mehreren Anträgen wesentliche Sparmassnahmen vorgeschlagen, die von der Regierungsmehrheit unter Führung der CDU abgelehnt worden sind.

Es sei hier nur erinnert an die Einsparung von mehr als 600 Planstellen des Bundespasskontrolldienstes, an die von der SPD seit Jahren vergebens geforderte Streichung für die Bundesministerien ohne Aufgaben, an das Verlangen nach Auflösung der Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes, an den Abbau und die Vereinfachung der Pass-, Devisen und Zollkontrollen insbesondere an den Grenzen, an die Schaffung einer ungeteilten Finanzverwaltung, an eine Reform der Bundesgesetzgebung und Herbeiführung einer besseren Übereinstimmung zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der Gesetzgebung, an die Reform des Haushaltsrechts und an

die Rationalisierung der Verwaltungsarbeit durch eine Büroreform.

Wenn Dr. Bergemeyer Informationen besitzt, die sich auf die personelle Überbesetzung eines Ministeriums und eines Bundesamtes beziehen, dann ist es seine Pflicht, die Verweigerung näherer Auskünfte aufzugeben und sein Wissen vor dem dazu bestellten Unterausschuss auszubereiten, damit der von den Mitteilungen des Abgeordneten Bergemeyer peinlich berührte und angeblich hintergangene Haushaltsausschuss der Sache gründlich nachgehen kann. Es wäre tief bedauerlich, wenn der Abgeordnete Bergemeyer nach der bombastischen Ankündigung seiner Informationen nähere Auskünfte verweigern würde.

Eine echte Verwaltungsreform und eine einleitende Vereinfachung der Verwaltung ist in der Bundesrepublik nur möglich, wenn nicht nur der Mund gespitzt, sondern endlich auch einmal gepfiffen wird. Die sozialdemokratischen Anträge auf Abbau überflüssiger Ministerien und scharfe Durchprüfung aller Anforderungen unter rechtzeitiger Zuziehung des Bundesrechnungshofes geben hierzu die beste Möglichkeit.

* * *

Bedauerlich

sp. Im Ältestenrat des Bundestages ist es nicht zu einer Entscheidung über die Einladung des Obersten Moskauer Sowjets gekommen. Darüber soll in der nächsten Woche entschieden werden. Diese Verschiebung ist in mehr als einer Hinsicht zu bedauern, denn die Einladung liegt schon seit vielen Wochen vor und alle Mitglieder des Bundestages hatten in der Zwischenzeit genügend Gelegenheit, sich mit dem Für und Wider zu beschäftigen. Für die parlamentarische Opposition in ihrer Gesamtheit gab und gibt es überhaupt kein Schwanken; Besuche parlamentarischer Körperschaften gehören zu den internationalen Gepflogenheiten.

In der deutschen Öffentlichkeit wird das Verhalten eines grossen Teiles der CDU-Fraktion, aus deren Reihen die Widerstände gegen die Annahme der Einladung aus Moskau kommen, nicht mehr verstanden. Mehr als für Parlamentarier anderer Länder besteht für alle Fraktionen des Bundestages aller Anlaß, durch persönliche Gespräche und Eilungnahmen mit sowjetrussischen Politikern den Boden für ein besseres Klima in den Beziehungen beider Staaten vorzubereiten zu helfen. Ohne diese Mindestansätze gegenseitigen Verständnisses wird es auch keine Fortschritte in der deutschen Frage geben. Sollte diese Binsenwahrheit die widerstrebenden CDU-Abgeordneten nicht eines Besseren belehren?

* * *

Konzessionen an Rechtsgrundsätze?

ler. Die Regierung der Sowjetzone hat in ihrem Gesetzblatt eine Verfügung erlassen, von der man erst nach ihren Ausführungsbestimmungen wird sagen können, ob sie ein Windei ist oder ein bescheidener Schritt zur Rückkehr zu den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit. Nach dieser Verfügung sollen alle Eigentümer eine, wenn auch geringe Entschädigung erhalten, deren Besitz von Sequesterkommissionen der Landesregierungen beschlagnahmt wurde und in "Volkseigentum" überging. Die Enteignungswelle in den Jahren 1945/38 erfasste Unschuldige und Schuldige, Grosse und Kleine. Oft genügte eine Denunziation bei den sowjetischen Militärbehörden, um die davon Betroffenen um Haus und Hof, um die Fabrik und Anteile an den Fabriken zu bringen. Der Mitbesitz an einem Unternehmen, dessen Leiter der Besatzungsmacht oder der SED nicht zu Gesicht stand, genügte schon als Grund für die völlige Enteignung, was für diese Unglücklichen den Sturz in das tiefste Elend bedeutete.

Der davon betroffene Personenkreis geht in die Hunderttausende. Viele von ihnen fanden Zuflucht in der Bundesrepublik. Die Verordnung beschränkt sich nur auf jene Betriebe, die auf Grund von Befehlen der sowjetischen Behörden enteignet wurden, jedoch nicht auf die in den sogenannten Wirtschaftsverbrecherprozessen Verurteilten. Diese Prozesse boten ein besonderes Beispiel des Wütens willkürlicher Justiz. Hinter ihrer Fassade stand das Machtstreben der SED, über Enteignungen sich Machtpositionen auch im wirtschaftlichen Bereich zu sichern.

Die vorgesehene Entschädigung wird auf die in der Zone verbliebenen enteigneten Personen beschränkt. Überweisungen von Beträgen an in die Bundesrepublik Geflohene schliesst die Verordnung aus. Es geht aus ihr auch nicht hervor, ob für diese Eigentümer Sperrkonten in der Zone errichtet werden. So bleibt dieses Gesetz für viele Menschen illusorisch. Darin liegt der Pferdefuss dieser Verordnung, deren offensichtlicher Zweck es ist, Hunderttausende, die durch die Direktmaßnahmen des Pankower Regimes schwer betroffen, um Existenz und Eigentum gebracht wurden, mit dem Regime zu versöhnen. Es ist freilich ein Versuch, der sich durch seine Unzulänglichkeit selbst um die beabsichtigte Wirkung bringt.

* * *